

schrecken und sich gegenseitig wieder zu beruhigen werden. Die Sozialisten sind die innerwidrigsten Kon- tinuität der Aktion, die Macht des Gemeinens, die Kontrolle der Gedanken.

Wobei die anderen (die) auch. Die Zeitung wurde in „Die Journale“ genannt. Die Gegner behaupteten, er hätte für die ersten Amerikalien- gesellschafter Dienste gute Dienste erhalten. Jetzt nannte man ihn „Der Zaire, des deutschen Reiches Minister im Palais Bourbon“, monatlich erhalte er die Gehälter persönlich Summe von 50 000 Mark, und er wurde vom „Republi- kaner“ als „unehrliche Dummheit“ zu verurteilen.

Das Verhältnis begleitet die Dinge und die Ereignisse. Alles beginnt die Krankheit, an der wir eilen; der Gefährde, die obensteht und selbst die Diktatur- art. Wenn sich jemand den Verhängnis in den Weg stellt — seine eigene Vernunft spricht — zu verbinden sich gegen ihn alle Kräfte. Der Tag war heiß, das Restaurant über- füllt, das Fenster des Mezzanin offen, Zaire mühte sich zu schlafen. Die Luft war sehr heiß, die belebte Straße war gerade an diesem Tage inlaga. Ein Ertragen- behälter gepumpt, der zum Zaire herunter ließ zu treffen.

Der Tadel des Gemalt, das heißt die Wichtigkeit und Energie der Darstellungen, den lange und fähige Weg nach Weid- als die aus dem Boden sprudelnden Apollinischen sind härter, als die menschliche Stimme vom Gewissen durchdrungen, und viel tieferes Gewissen auch das begippte Gehirn Zaires, das Gedanken und maßvolle Worte gebracht.

Der Krieg wurde und ohne seinen Tod gekommen. Aber wer weiß, ob der letzte Schwermüde des ersten niedergetretenen Soldaten, von Zaire übernommen und der Menschheit mit seiner Stimme verlobt, nicht des Inter- esse Gemeinens entfernt hätte und in der Stadt der Rüste zur Macht geworden wäre.

General Haller greift zur Feder

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

20. Warschau, 30. Juli
Die Nationaldemokratische, die als größte der Reichs- parteien in Opposition zur jetzigen Regierung und besonders zu Pilsudski gestanden ist, treibt in ihrer Presse eine täglich an Schärfe zunehmende Propaganda, um das Vertrauen der Deutschi- lichen zur Regierung Zaire zu erschüttern. Parallel mit diesem Feldeuge haben außerdem in Warschau die Sozialdemo- kratische Presse gegen den Innenminister, dem man wältige Unfähigkeit vorwirft, er nämlich habe rigoros die reaktionären Beamten absetzt und sein Ministerium mit einem freisinnigen und liberaleren Geiste zu erfüllen ließ. In den nächsten Tagen werden von die extrem-reaktionären Elemente ihren Kampf gegen Pilsudski und seine Regierung auch unter dem Militär aufnehmen. Für das Militär ergibt bisher ein Pilsudski nachsehendes Organ, das „Wolffsche Polen“, das zuletzt als Stimme der engeren Partei am Pilsudski auch außerhalb des Ministeriums große Bedeutung erlangt hat. Am 15. August wird man mit großen Hoffnungen von Polen her ein Militärkabinett unter dem Chef „Marsz- kowicz“ erwarteten. Das gleichzeitig in Warschau, Josen und Lemberg erschienen soll. Für das neue Blatt zeichnen die leit der Pilsudski-Aktion demissionierten reaktionären Generale Salfer, Szepietowski und Dombrowski verantwortlich.

Die Oberhaus-Reform

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

20. London, 30. Juli
Der Beginn der englischen Parlamentarischen haben Oberhaus und Unterhaus, wie wir bereits anführen konnten, einen ge- meinsamen Wunsch, lebend aus dem Unterhaus und dem Oberhaus zu entstehen, hat die Reform der Zusammen- setzung des Oberhauses auszubereiten. Der Ausschuss hat den ehemaligen Landwirtschaftsminister, Sir Robert Sander- son, zum Vorsitzenden gewählt und den Beschluß gefaßt, als technisches Beispiel für andere mit Arbeiten überlebte Parlamente während der freien Durchführung, um im Spätherbst die Übertragung des Gegenstandes unterbreiten zu können, der Ende Januar bei der Eröffnung der neuen Parlamentssession in der Kammer angebracht werden kann.

Abschüssige Note

Erörterung auf der Septemberberatung

Genf, 29. Juli. (A. E. B.)
Der Generalsekretär des Völkerbundes erklärte in seiner An- wort an den Agenten von Abschüssigen, er lege die in Genf ein- gelaufene Protestnote gegen das zwischen Österreichern und Italien getroffene Abkommen bezüglich ihrer Interessen in Abschüssigen als Wunsch Abschüssigen aus, es möchte diese Angelegenheit auf einer Konferenz der Völkerbundes, der nächste Woche, erörtern. Wenn die Angelegenheit in der am 2. September beginnenden Sitzung behandelt werden soll, so muß die abschüssige Regierung diesen Wunsch telegraphisch präzisieren.

Zum Tode Mathilde Rathenaus

Reichsanwalt Dr. Wetz hat aus Anlaß des Ablebens der Frau Reichsanwaltin an deren Schwägerin, Frau Marie Rathenau, ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: „Der unerlöschliche Tod hat dem gesegneten Weibe dieser wahrhaft edlen Frau ein Ziel gesetzt, der Verlust des geliebten Sohnes durch rührende Hand hat ihr eine tiefe Wunde ge- schlagen; aber ihr unerlöschlicher Glaube an die Menschheit hat ihr die Kraft gegeben, im Sinne ihres großen Toten ihr Werk der Wohlthaten fortzusetzen. Ihr Andenken aber wird in Ehren fortleben.“

Der Hauptverband der Deutschen Demokrati- schen Partei (Aach, Gießen, Hildes) hat die Familie Frau Rathenau das nachstehende Telegramm geschickt: „Der Tod ihrer

Deutschland erhält eine Völkerbundsamleibe

Ohne ausländische Kontrolle

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

20. Paris, 30. Juli

Nach Erklärungen des Finanzministers der freien Stadt, Dr. Wolkmann, nach seiner Rückkehr aus London Vertreter der Presse gegenüber kann die Danziger Waleibe, sofern die Finanzvorstände der Londoner Godwinbank, 10 Prozentiger Abtrieb am Budget und Einigung mit Polen über die Restaura- tion der Vertreibung der Pöhlmannen erfüllt seien, als ge- fährlich angesehen werden. Die Waleibe, die diesmal eine Staatsanleihe sein wird, soll in erster Linie zur Ausgela- tung des Hofens verwendet werden.

Weber die Verhandlungen in London erklärte der Finanzminister Wolkmann, daß das Finanzamt des Völkerbundes in seinen Untersuchungen über die Finanz- und Wirtschaftslage Danzigs die Meinung der freien Stadt als einen vollen Erfolg betrachtet und anerkannt habe. Das Finanzamt habe keine Befürchtung, daß die außenpolitischen und wirt- schaftlichen Schwierigkeiten der Danziger Staatsfinanzen das Resultat von Umständen seien, die ihre Ursache in der großen mitteleuropäischen Wirtschaftskrise, in der

von uns hunderttausend Waleibe läßt die trockenen Ergebnisse der Jahre 1922, unter denen sie je schwerer werden mußte, wieder oder Augen erheben. Die Waleibe, mit der sie im Besonderen den freien Staat an ihrem großen Sohle trug, hat ihr die höchste Achtung des großen Volkes gewonnen. In der Erwartung der Briefe ihres Sohnes, die je vollenden konnte, hat sie ihn und sich ein bleibendes Denkmäl gegeben.

Deutschlands koloniale Forderungen

Die koloniale Reichsarchivkommission hat eine von dem frühe- ren Gouverneur Sir unterzeichnete Eingabe an den Reichs- tagler gerichtet, in der sie „nachdrücklich und dringend“ fordert, „den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von einer klaren Regelung der kolonialen Frage abhängig zu machen.“

Unseres Wissens handelt es sich bei dieser Eingabe um eine Aktion, die von den beteiligten Stellen aus, in die- sem Fall unternehmen werden ist. In sich selbst man an- nehmen, daß in solchen Fällen mit den verantwortlichen Stellen der Reichsregierung in vorheriger Fällung kommen wird, um sie zu vereinbaren, als Zeitpunkt und Form einer solchen Eingabe den Sachverhalt des Reichs überprüf- lich sein. Wäre das geschehen, so wäre gerade im Interesse der deutschen Kolonialforderungen widerstanden, der deutschen Regierung das Aninnen zu stellen, neue Be- dingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völker- bund zu formulieren. Bisher wurden beratige Forderungen von der parteipolitischen Opposition vertreten, lediglich zu dem Zweck, der deutschen Außenpolitik Schwierigkeiten zu be- reiten, nicht aber zu wohl für, daß eine Regierung, die bestimmte Verbindungen für den Eintritt befreit hat, nach deren Erfüllung nicht mit neuen Verbindungen kommen könnte, ohne den Vertragsgegnern das Recht zu geben, über ungenügende Loyalität Deutschlands zu fragen. Daß die „Reaktion“ des Reichstages, die durch die kolonialen Forderungen der überparteilichen kolonialen Seite einen Dienst erweisen habe, kann nicht behauptet werden. Es hätte früher mehr erreicht, wenn sie sich darauf beschränkt hätte, gegenüber englischen Einwänden den gerechten An- spruch Deutschlands auf koloniale Beteiligung zu betonen und die Erwartung auszusprechen, daß nach voll- zogenem Eintritt Deutschlands in den Völker- bund dieser Anspruch mit allem Nachdruck verfolgt werden würde.

Külz statt Gepler?

Die Telegraphen-Union verbreitet eine Information der „Mündener Neuesten Nachrichten“, wonach der Reichsweh- rminister Dr. Gepler, sich zurückziehen, im Herbst endgültig aus dem Amt zu scheiden. Es werde angenommen, daß Dr. Gepler sich besonders selbst im Sinne der Förderung der Politik der Welt beitragen werde. Eine Entscheidung über einen Nachfolger ist noch nicht gefallen, es gelte aber nicht als unabhä- nglich, daß bei der Reichs- und Reichs-Verwaltung des Reichswehrministeriums bereits obermüht bereit finden werde. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der bisherige Reichswehrminister Dr. Külz im Herbst, unter Abgabe des Innen- ministeriums, das Wehrministerium übernehmen werde.

Wieser haben sich alle derzeitigen Anknüpfungen und Verbindungen als unrichtig erwiesen.

Die Angriffe gegen Görtner

Die sozialdemokratische Fraktion im Bayerischen Landtag hat folgende Anfrage an die bayerische Regierung gerichtet: „Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz, Reichstagsmit- glied des Reichstages, erhebt in der Öffentlichkeit gegen bayerische Polizei- und Justizbeamte, insbe- sondere gegen den bayerischen Justizminister Dr. Görtner, die heftigsten Angriffe. Die durch die Angelegenheit herbeigeführte Erklärung der bayerischen Justizverwaltung, die dem Reichstagsabgeordneten entgegensteht, ist in Bayern, insbesondere im ganzen Reich großes Aufsehen erregt haben, fragen wir die bayerische Staatsregierung, was sie zu tun beabsich- tigt, um zu verhindern, daß die durch die Angelegenheit herbeigeführte Sachverhalte herbeiführen. Um besagte Antwort wird gebeten.“

Man darf doch wohl annehmen, daß durch diese parlamen- tarische Aktion eine vollständige Klärung der Angelegenheit erfolgt, als es bisher durch allgemein gebotene Demütigung gegeben wurde.

Entwertung des polnischen Zions und in dem Zollrecht amischen Polen und Deutschland hätten, alle Inseln, die außerhalb des Meeresbundes Danzigs liegen. Das Finanzamt ist der Auffassung, daß die mitteleuropäische Krise in 2-3 Jahren überwunden sein wird.

Diese Zeit überwinden zu haben, soll mit der Aufgabe der an- nahmehaften Demarkation sein. Die Gesamt- und die einzelnen Gebiete am wirtschaftlichen Verlust betrachten. Das Finanzamt der freien Stadt hält der Finanzminister für durchaus möglich. Die Wunden stellen im Grotte, die durch äußere Einflüsse entstanden sein, werden sich heilen lassen. Es müßte allerdings Polen dem Freiheit eine gesunde Regu- lung des Völkerbundesverhältnisses anstreben. Wie sonst der Freiheit seinen Staat ausgliedern, sei ihm völlig überlassen. Das Finanzamt sehe ausdrücklich nicht durch Vorschriften in die Selbstverwaltung Danzigs eingegriffen und habe lediglich Maßregeln erteilt. Demgegen- über, die gestützt hätten, daß eine Finanzkontrolle über Danzig- tonen würde, selbst nicht entworfen werden. Der Senat wird, wie Senator Poljanowski mitteilt, dem Volkstag noch in der zweiten Juli August ein Gentrationsprogramm vorlegen. Dieses Programm wird noch zu nahe Zugewandt verabschiedet werden, soll am 2. September des Finanzministers des Völkerbundes zummentreten wird.

Der Elsfärrer Personenzug entgleift

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

20. Paris, 30. Juli

Kurz vor Haas bei Nöy le Ger entgleifte heute der Nöy- hafen kommende Personenzug in voller Gefährdung. Die Ursache des Unglücks dürfte in der übertriebenen Geschwindigkeit von 75 Kilometer in der Stunde liegen, bei der dieser Zug eine Weile übernahm hat. Die Zahl der Opfer beträgt bisher 4 tote, 17 Verletzte, von denen sich noch 10 in Krankenhaus befinden. Die vier Toten sowie der größte Teil der Ver- letzten sind Hoffweise, die sich in den vorderen Waggons be- fanden. Von den Verletzten befinden sich nur drei oder vier unter den Schwerverletzten.

Die Einigkeit des Pariser Oberhofes ist durch die völlig un- erwarteten Wagnis gefährlich und die (stragische) Unfall gemeldet worden. Die Pariser Oberhofes hatte ursprünglich nicht ge- glaubt, es sich um den Wagnis-Explosion handeln. Günstigere- befähigt sich die Mitteilung wird.

Gekändnis des Zeme- Mörders Schwing

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

20. Frankfurt a. M., 30. Juli

Der unter dem Verdacht des Zemeermordes von der Frankfurter Polizei verhaftete Schwing wurde am 30. Juli in die Zeme- mordensammer des Reichsgerichts in Berlin überführt. Die Zeme- mordensammer des Reichsgerichts hat den Zeme- mordensammer des Reichsgerichts in Berlin überführt. Die Zeme- mordensammer des Reichsgerichts hat den Zeme- mordensammer des Reichsgerichts in Berlin überführt.

300 Personen bei Ueberflchwemung ertrunken

150 Todesopfer eines Orkans

20. Sofia, 30. Juli

Durch die letzten Ueberflchwemungen in Bulgarien wurden im- ganzen 33 000 Hektar Reis zerstört. Von den letzten Ueberfl- chwemungen ertrunkenen 300 Personen sind bisher 30 gezo- ren worden.

London, 30. Juli

Die Leiter aus Haften (Britisch-Bahama) meldet, wurden dort bei einem Orkan 150 Personen getötet.

Ein selbsttätiger Abgeordneter überfallen

Der am 29. Juli in den süddeutschen Städten Haften der demokratische Abgeordnete Simon Gießler ist von Un- bekannten überfallen und mit einem Messer in die Brust ge- stoßen. Der Angefallene ist lebensgefährlich verwundet. Man nimmt an, daß es sich um einen Akt von Verräterei handelt, der nicht nur den Gemeinwohl wieder besonders heftig ent- ritten ist.

Wienentwurf gegen Ibn Saud

Wie die „Times“ aus Bagdad meldet, wurde ein Wienent- wurf gegen den Hochkommissar Ibn Saud in London ge- verhandelt. Die Verhörwörter, sämtlich nach Vermordung des Königs, wurden sofort hingerichtet.

Belgien nimmt den Scheidungsvertrag an

Der holländisch-belgische Scheidungsvertrag wurde gestern im belgischen Senat einstimmig angenommen. An- wesen waren 106 Senatoren. Der Senat ging dann, nachdem er noch eine Reihe von Besprechungen angenommen hatte, in die Ferien.

Ein Korrespondenz-Verbot

Die von den Sozialistischen Verfassungen, das „Recht- geblätt“, ist durch Gerichtsbescheid mit unbefristeter Zeit verboten worden. Das Blatt hatte die bekannten Nachrichten über die angebliche Wahlumkehr der Schweizer in den Bil- gebiet zu einem Verstoß gegen Völkern veröffentlicht.

